

gegen würden sie kraft Verfassungsrecht die prinzipielle Gleichstellung zu der römisch-katholischen Landeskirche erlangen, denn den Inhalt, der mit einer öffentlichrechtlichen Rechtsstellung verbunden ist, würde das staatliche Recht, d.h. das einschlägige Gesetz für alle Religionsgemeinschaften, umschreiben.<sup>147</sup> Daneben gäbe es nach wie vor auch privatrechtliche Religionsgemeinschaften. Zu diesen zählten solche, die weder von Verfassungen wegen noch gesetzlich öffentlichrechtlich anerkannt sind.<sup>148</sup>

Religionsgemeinschaften, die öffentlichrechtlich anerkannt werden wollen, werden sich fragen, welche «Vorteile» bzw. «Vorzüge» sie sich damit einhandeln.<sup>149</sup> Ebenso werden sich Religionsgemeinschaften, die privatrechtlich organisiert bleiben<sup>150</sup> und die nur in bestimmter Hinsicht in der Öffentlichkeit wirken wollen, überlegen, ob sie eine öffentlichrechtliche Anerkennung beantragen sollen, wenn sie dies als privatrechtlich organisierte Religionsgemeinschaft auch tun können. In diesem Zusammenhang sind ein paar Hinweise angezeigt, die die Rechtslage erhellen können. So ist etwa heute schon der strafrechtliche Schutz der religiösen Sphäre nicht nur auf eine öffentlichrechtlich anerkannte Kirche oder Religionsgemeinschaft beschränkt. Das Strafgesetzbuch<sup>151</sup> stellt nämlich bei den Religionsdelikten auf alle «im Inland bestehenden» Kir-

<sup>147</sup> Neben der allgemeingültigen Umschreibung der öffentlichrechtlichen Anerkennung in einem Gesetz gibt es auch andere Lösungen. Vgl. dazu *Peter Karlen* (Fn 27), S. 41 und *René Pahud de Mortanges*, Allgemeine Einführung und Rechtslage in der Schweiz, in: ders., Religiöse Minderheiten und Recht (Freiburger Veröffentlichungen zum Religionsrecht; 1) Freiburg/Schweiz 1998, S. 11 (22 ff.).

<sup>148</sup> Vgl. etwa § 109 der Verfassung des Kantons Aargau; dazu *Kurt Eichenberger*, Verfassung des Kantons Aargau vom 25. Juni 1980; Textausgabe mit Kommentar (Veröffentlichung zum aargauischen Recht; hrsg. vom Aargauischen Juristenverein, Bd. 33), Aarau/Frankfurt am Main/Salzburg 1986, S. 371 ff.

<sup>149</sup> Vgl. zu schweizerischen kantonalen staatskirchenrechtlichen Verhältnissen *Peter Karlen* (Fn 27), S. 41, wonach ein öffentlichrechtlicher Status «attraktiv» sein kann. Zum Inhalt der öffentlichrechtlichen Rechtsstellung in Österreich hält *Inge Gampl*, Staatskirchenrecht der Republik Österreich (Fn 26), S. 16, fest, dass die «Ausbeute vergleichsweise eher mager» sei. Sie liege hauptsächlich auf dem gebühren- und abgabenrechtlichen Sektor. Es fehlten insbesondere Kirchensteuerrecht und Dienstherrenfähigkeit. Neuerdings wird die Ansicht vertreten, dass die öffentlichrechtliche Stellung weniger positiv-rechtliche Substanz als die Klarstellung bringe, dass der Staat Religion nicht als Privatsache ansehe und der Privatisierung des Religiösen einen Riegel vorschieben möchte. So *Richard Potz* (Fn 35), S. 251 (261).

<sup>150</sup> Dafür kann es verschiedene Gründe geben. Siehe *René Pahud de Mortanges* (Fn 147), S. 23 f.

<sup>151</sup> Vgl. die §§ 188 und 189 des Strafgesetzbuches (StGB) vom 24. Juni 1987 (vorne Fn 2).